



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/135

Bonn, den 14. Juni 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Fünf Jahre deutsche Zeitungen	S. 1
China-Kompromiss zwischen England und USA	S. 3
KP-Blödeleien gegen SPD	S. 4

Vor fünf Jahren, im Laufe des Sommers 1946, stellte die Mehrzahl der von den Militärregierungen herausgegebenen Zeitungen ihr Erscheinen ein. An ihre Stelle traten deutsche Zeitungen. Fr. Heine vom Vorstand der SPD veröffentlicht aus diesem Anlaß im "Neuen Vorwärts" einen Beitrag, dem die folgenden Feststellungen entnommen sind. D.Red.

F ü n f J a h r e

Es gibt Großbauern in Ostfriesland, die mit Entlassung drohen, wenn ihre Ländarbeiter eine SPD-Zeitung lesen wollen. Und es gibt Remer-Anhänger in norddeutschen Kreisstädten, die kleinen Handwerksbetrieben offenen Boykott ansagen, wenn sie in Blättern inserieren, die der SPD nahestehen. Sie unterscheiden sich damit freilich nur in der Lautstärke von jenen lokalen Unternehmer-Organisationen, die ihre Mitglieder an der Werbung in sozialdemokratischen Zeitungen zu hindern suchen.

Das sind heute erfreulicherweise Ausnahme-Erscheinungen, im Gegensatz zu der vor 1933 ziemlich weitreichenden Boykott-Praxis der industriellen Scharfmacher und Nazis. Heutzutage lassen sich nur noch wenige Geschäftsleute und Arbeitnehmer von solchen Drohungen einschüchtern, die in jedem greifbaren Fall gerichtlich

geahndet werden.

In der Erfolglosigkeit dieser Verächter der Gesinnungsfreiheit widerspiegelt sich die wesentlich verstärkte Position, die die der Sozialdemokratie nahestehenden oder direkt zur SPD zugehörigen Blätter heute einnehmen. Sie haben sich diese führende Position auch zu erhalten gewußt, trotz der vielfältigen Versuche von fast allen Seiten, die Basis zu schmälern. Das kann man heute, fünf Jahre nach dem Start dieser neuen Periode im deutschen Pressewesen als ein wesentliches und erfreuliches Faktum feststellen.

Einer der wesentlichsten Gründe für die so verbesserte Lage dieser Zeitungsgruppe ist der gegenüber der Vor-Hitlerzeit veränderte Einflußbereich der mit diesen Blättern in Kontakt befindlichen Partei. Die Sozialdemokratie ist "im Kommen": heute noch die (wahrhaft nationale) Opposition in der Bundesrepublik, fordert sie Neuwahlen, von denen jedermann auch im Regierungslager weiß, daß sie die SPD zur weitaus stärksten Partei machen werden. Diese Entwicklungstendenz findet verständlicherweise ihren Widerhall in den Einflußmöglichkeiten der Presse. Für Gegner wie Freunde ist es von wachsender Bedeutung, jenen Zeitungen Beachtung zu widmen, die in ihrer Grundhaltung die Auffassungen der voraussichtlich kommenden Regierungspartei teilen und darstellen.

Unter gleichzeitig verstärkter Verankerung in der Arbeiterbevölkerung hat die SPD in den letzten Jahren Anhänger aus den Schichten der Freischaffenden, des Handels und des Handwerks gewonnen. In noch größerem Umfang ist diese Tendenz bei den der SPD-nahestehenden Organen sichtbar. Es gibt heute Großstädte, in denen in 3/4 aller Haushaltungen eine SPD-nahe Zeitung gelesen wird.

Zu dieser Entwicklung hat nicht zuletzt auch eine entscheidende Umgestaltung der erfolgreichen Blätter dieser Zeitungsgruppe beigetragen. Anstelle der früheren Parteifunktionär-Organen mit kleinem Wirkungsbereich wurden nun Zeitungen geschaffen, die mit ihrer modernen Aufmachung und ihrer volkstümlichen Schreibweise zu wirklichen Massenblättern geworden sind, und die quer durch alle Schichten der Bevölkerung Leser und Inserenten gefunden haben.

Der chinesische Zankapfel

f. Nach langen Auseinandersetzungen haben sich Washington und London über die vorläufige Behandlung einer der heikelsten Fragen der Weltpolitik, nämlich der Aufnahme des kommunistischen China in die Vereinten Nationen, geeinigt. Die Lösung, eine Art politisches Ei des Kolumbus, liegt darin, daß vorerst nichts getan wird, und das ist in diesem Fall die vernünftigste und praktischste Lösung. Solange der koreanische Krieg andauert, verzichtet London darauf, für die Aufnahme Pekings zu plädieren und zu stimmen, während Washington darauf verzichtet, die Ansprüche Tschiang Kai-scheks auf die Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen zu verteidigen. Da der Vertreter des Regimes Tschiang Kai-scheks, das auf dem chinesischen Festland keinen Quadratmeter Boden mehr beherrscht, in den Vereinten Nationen immer noch China repräsentiert, ist die Konzession der Briten wesentlich größer als die der Amerikaner. Aber auf diese Weise wird wenigstens verhindert, daß England und die Vereinigten Staaten weiterhin in dieser kritischen Frage gegeneinander stehen.

Beide Regierungen behalten ihren Standpunkt bei. London vertritt nach wie vor die Auffassung, daß Sitz und Stimme Chinas in den Vereinten Nationen der Pekinger Regierung zufallen muß, die unbestreitbar die Macht im Lande hat. Washington, das Peking nicht anerkennt, wünscht Tschiang Kai-schek solange zu unterstützen, wie es irgend geht. Es kann es sich bei der augenblicklichen Stimmung im Lande nach der Entlassung MacArthurs nicht leisten, in der Frage der Zulassung des kommunistischen China aus einer unabänderlichen Tatsache die Konsequenzen zu ziehen.

Die amerikanisch-englische Einigung ist notwendig geworden, da die Sowjetunion für diesen Monat wieder den Vorsitz im Sicherheitsrat innehat. Washington und London mußten damit rechnen, daß Malik nicht darauf verzichten würde, diesen alten Zankapfel zwischen die beiden führenden Mächte des Westens zu werfen, sei es auch nur, um der Welt wieder das Schauspiel ihres Streites zu bieten. Sollte er trotz des ihm natürlich bekannten amerikanisch-englischen Kompromisses die Frage aufwerfen, kann er nicht einmal hoffen, einen größeren propagandistischen Gewinn zu erzielen. Solange China in Korea gegen

die Vereinten Nationen kämpft, ist die Frage seiner Aufnahme in diese Gemeinschaft der Nationen undiskutabel.

Das ist an sich völlig selbstverständlich oder sollte es wenigstens sein. Aber die Sache hat einen gefährlichen Haken. Peking wird hartnäckig versuchen, eine Lösung des koreanischen Konfliktes mit seiner Aufnahme in die Vereinten Nationen zu verknüpfen. Solange es die Annahme dieser Forderung durch den Westen zur Voraussetzung von Friedensgesprächen macht, läßt sich die etwas mühsame Einigkeit der westlichen Hauptmächte aufrecht erhalten, da sie beide den Standpunkt vertreten, daß kein Staat sich den Weg in die Vereinten Nationen freischießen dürfe. Was aber geschieht, wenn Peking geschickter spielt und eine Formel findet, die eine Regelung der Frage seiner Aufnahme etwa sofort nach dem "Ende Feuer" in Korea verlangt? Die Mehrheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen würden mit großer Wahrscheinlichkeit eine solche Formel akzeptieren. Washington sähe sich in der Gefahr der politischen Vereinsamung, wenn es versuchen wollte, durch sein Veto im Sicherheitsrat die Lösung eines kritischen Problems hinauszuschieben, die in jedem Fall irgendwann einmal in der Aufnahme des kommunistischen China bestehen wird.

+ + +

Die "Schumacher-Bande"

(sp) "Die unverschämtesten sowjetfeindlichen Töne, die Schumacher schon in jenen Tagen anschlug, als die heldenhaften Soldaten der Sowjetarmee der faschistischen Bestie in ihrer Höhle in Berlin den Rest gaben, waren den regierenden Kreisen in London und Washington ganz nach Geschmack. Seitdem machte Schumacher rasch Karriere. Er ging an das ihm bereits aus der Vor-Hitlerzeit vertraute Werk der Spaltung und Unterminierung der Arbeiterklasse. Das ganze Treiben der Schumacher-Clique entspricht vorzüglich den Zielen der amerikanischen Politik, einer Politik der Besiegelung der Spaltung Deutschlands, seiner Umwandlung in eine Kolonie und in ein strategisches Aufmarschgebiet für die USA. Der wilde Haß gegen die Sowjet-Union, die tierische Angst vor den demokratischen Kräften ihres Volkes - davon läßt sich die Schumacher-Bande leiten. Ihre Waffe ist das Prinzip der prinzipienlosen Demagogie und der sowjetfeindlichen

Verleumdung, ihre Taktik die Spaltung der Arbeiterklasse".

So steht es in einem langen Artikel der russischen Zeitung "Trud" vom 10. Februar, die uns erst jetzt in die Hände kam. Die Sätze zeigen zunächst mit erfrischender Deutlichkeit, wer der am meisten gehaßte Gegner der Sowjets ist und sie widerlegen damit besonders überzeugend das dumme Geschwätz von der Sozialdemokratie als einer Wegbereiterin des Bolschewismus. Wäre sie das, so bestünde für die Moskauer Machthaber kein Anlaß zur hemmungslosen Wut, wie sie in den zitierten Sätzen zum Ausdruck kommt - im Gegenteil. Daß die Sowjets dabei den permanenten sozialdemokratischen Widerstand gegen die fortgesetzten amerikanischen Interventionen vom Grundgesetz bis zum Schuman-Plan mit keinem Wort erwähnen, ist so selbstverständlich wie die Tatsache, daß sie die eigene ständige Einmischung, die in praxi eine täglich wirksame brutale Befehlsgewalt ist, unerwähnt lassen. Das gehört zum alten propagandistischen Schema. Aber jeder Einsichtige innerhalb und außerhalb Deutschlands (und hier besonders in den USA) mußte begreifen: Wenn heute so massive Verleumdungen, wie sie im "Trud" zu finden sind, Behauptungen also über eine angebliche deutsche Knechtseligkeit gegenüber Weißem Haus und Wallstreet, in Grunde ohne jede Wirkung und Überzeugungskraft bleiben, dann ist das in erster Linie ein Verdienst der sozialdemokratischen Führung, die auf ihr eigenes Urteil und ihre eigene feste Haltung auch im Umgang mit Amerikanern jeder Geltung und Größenordnung nie verzichtete, und nicht verzichten wird. Eine Tatsache, aus der auch die Regierung Adenauer ihren Nutzen zieht, ohne daß sie das freilich wahrhaben will.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau